

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krawinkel. Druck: A. Bröckel. Postfach 100. Preis: 1.00 Mark. Abonnement: 12.00 Mark. Einzelhefte: 0.10 Mark.

Das Auer Tageblatt erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Die Abonnenten erhalten das Blatt kostenfrei. Die Anzeigen werden nach dem Tarif abgerechnet. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Anzeigen nicht verantwortlich.

Nr. 150.

Donnerstag, den 30. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichsregierung will dem Reichstag nach der Vertagung in formulierten Erklärungen ihr Steuerprogramm wenigstens in seinen Grundgedanken vorlegen. Das Kabinett ist gegenwärtig damit beschäftigt, diese Erklärung abzufassen.

Der deutsche Industrie- und Handelsrat und die Sächsisch Handelskammer verlangen Volkswirtschaft in der Flaggfrage.

In der Sitzung des Österreichischen Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei wurde einstimmig eine Erklärung angenommen, wonach Österreich versuchen müßte, solange sein Leben zu fristen, bis es ihm ermöglicht sei, wann auch als armes, so doch als aufrichtiges Mitglied in den deutschen Bundesstaat einzutreten.

Zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung wurden Unterhandlungen angebahnt, um die seit mehr als 50 Jahren unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Der Jagow-Skandal.

Herr Traugott von Jagow beweist nach wie vor das Talent, sich in den Mund der Leute zu krängen und ihnen zu zeigen, daß er noch derselbe ist, wie zu den Zeiten, wo er als Polizeipräsident von Berlin die Welt mit der Prosa seiner erstaunlichen Erlasse beglückte. Man entsinnt sich noch, daß er dekretierte, die Straße diene dem Verkehr, und daß er Reuglerige marnie. Besonders häßlich war die Anordnung, daß die Passanten die Straßen im rechten Winkel zu überschreiten hätten. Seine Mahnung an die Reuglerigen wird jenseit vor allem von der Reichsregierung befolgt, deren Organe sich bisher außerstande gezeigt haben, den gar nicht so schwer auffindbaren ehemaligen Rapp-Minister zu verhaften. Diese Angelegenheit, die seit Jahr und Tag bei den Mittelparteiern Kopfschütteln, auf der äußersten Linken flammende Empörung und auf der äußersten Rechten ein verständnisvolles Lächeln erweckt hat, hat sich nunmehr aber, und zwar infolge der tätigen Mitarbeit des Herrn v. Jagow selber zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen. Der Reichsjustizminister Schiffer hatte dieser Tage im Reichstag auf eine Frage von unabhängiger Seite dagegen protestiert, daß Herr v. Jagow wegen seiner Tätigkeit während der Rapp-Tage amnestiert worden sei. Im Gegenteil, die Eröffnung des Verfahrens werde keinen Augenblick auf sich warten lassen, sobald es gelungen sei, den Schuldigen habhaft zu werden. Der Umstand, daß er nicht verhaftet wurde, sei, so führte Schiffer aus, darauf zurückzuführen, daß der bedenkliche Gesundheitszustand Jagows seine Festlegung verhindert habe. Am letzten Dienstag erneuerte nun der unabhängige Abgeordnete Dr. Rosenfeld die Anfrage, wann die Verhaftung Jagows zu erwarten sei, denn am Tag zuvor hatte Jagow in einem mit Spott geladenen Brief an die Kreuzzeitung in aller Öffentlichkeit verkündet, daß er tatsächlich keinen Tag krank gewesen sei. Daraufhin gestaltete sich die Sache ins Unbedeutende. Der Reichsjustizminister verlas nämlich das Kränklichkeitsattest, das dem Gericht als ausreichend erschienen war, und aus dem hervorging, daß Jagow in fernen Jugendtagen einmal an Tuberkulose gelitten hätte! Diese Verlesung erregte im Reichstag sichtlich Sensation, und die Unabhängigen und Kommunisten gerieten vollständig aus dem Häuschen. Man kann sich nur vorstellen, daß der Reichsjustizminister sozusagen eine Flucht in die Öffentlichkeit unternehmen wollte, weil ja wohl kaum zu glauben ist, daß er sich von der Bekanntheit dieses Krankheitsattestes einen anderen als den eingetretenen Erfolg versprochen haben kann. Wir werden wohl also binnen kurzem hören, daß Jagow endlich aufgeklärt worden sei und vor dem Richter erscheinen wird. Ein Berliner Blatt weiß zu berichten, daß er in Ostok eine ständige Wohnung habe, und eben jetzt wird weiter gemeldet, daß er sich in Oberschlesien aufhalte. Da er nach seiner eigenen Erklärung vollständig gesund ist, wird er sich wohl auch kaum noch unsichtbar machen, und es muß daher ein leichtes sein, seiner habhaft zu werden.

Der Reichshaushaltplan 1921.

Im Hauptausfluß des Reichstages wurden bei dem Reichshaushalt zur Ausführung des Friedensvertrages im Rahmen der allgemeinen Finanzverwaltung von der Regierung Mitteilungen über das Abschlußergebnis des gesamten Reichshaushaltplanes für das Jahr 1921 gemacht. Danach schließt dieser im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen in Einnahmen und Ausgaben ab. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben fehlen an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen, die durch Erhöhung der Steuern und neue Steuern aufzubringen sind. Im außerordentlichen Haushalt sind 49180 Millionen ungedeckt. Diese sind durch Anleihen zu beschaffen. Eine kleine Verringerung

ist möglich dadurch, weil das Reichsnotopfer mehr eingebracht wird, als veranschlagt ist.

Der Haushalt der Post- und Eisenbahnverwaltung erfordert insgesamt 18 889 Millionen Zuschüsse, ist aber entsprechend der Verfassung aus dem allgemeinen Haushalt abgetrennt.

Die Auswirkung des Ultimatum

Nächst einem besonderen Reichtumshaushalt vorbestanden. Im außerordentlichen Haushalt sind für diese Zwecke für die Lieferung von lebenden Tieren, Ablieferung von Schiffen, Wert der in den Abtretungsgebieten zurückgelassenen Eisenbahnfahrzeuge und sonstige Reparationen, insbesondere Kohle, 14,6 Milliarden veranschlagt. Bei der Übernahme dieser Reparationsausgaben auf den ordentlichen Haushalt müßten die Einnahmen um diesen vollen Betrag erhöht werden. Außer dem im Haushalt für 1921 eingezeichneten 4250 Millionen aus neuen Steuern wären durch ordentliche Einnahmen noch aufzubringen 3,3 Milliarden für die feste Annuität von 2 Milliarden und die 26 v. H. von den Ausfuhr. Diese 3,3 Milliarden Goldmark belaufen sich nach dem jetzigen Kurs der Mark auf 62 Milliarden Papiermark. Hierzu treten die noch nicht endgültig festgesetzten Kosten für die Besatzungstruppen, die für 1921 auf 8,5 Milliarden zu veranschlagen sind, so daß sich insgesamt 70 Milliarden ergeben.

Die Reichsschuld

Betrag am 30. September 1920 85 899 Millionen. Sie hat sich bis 31. Mai 1921 durch Rückübernahme von Schuldverschreibungen usw. auf 78 345 Millionen verringert. Diese Summe stellt also die fundierte Schuld dar. Die schwebenden Schulden beliefen sich am 31. Mai 1921 auf 199 134 Millionen. Dazu treten an sonstigen Zahlungsverpflichtungen des Reiches 44 955 Millionen, offenstehende Anleihebewilligungen am 31. Mai 8070 Millionen, angeforderte Anleihebewilligungen für den Reichshaushalt 1921 16 070 Millionen, die Reparations-schuld des Reiches im Ultimatum festgesetzt auf 192 Milliarden, Summe 401 178 Millionen. Das ist die schwebende Schuld.

Die oberschlesische Zone geräumt.

Umgruppierung des Selbstschutzes.

Gestern früh hat der englische General Denniker dem deutschen Selbstschutz mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten im Räumungsplan vorgesehenen Zone tatsächlich beendigt ist. Daraufhin hat General Höfer gemäß den Vereinbarungen sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet.

Der Verfall der oberschlesischen Industrie.

Der Sonderberichterstatter des Manchester Guardian gibt seinem Blatte eine ausführliche Schilderung über das ungeheure Treiben der polnischen Insurgenten und über den Verfall der Gruben in dem von den Polen besetzten Aufstandsgebiet. Der Berichterstatter meldet aus Hindenburg, daß die Insurgenten in dem Kreise Anfang Mai 22 Personen ermordet haben. Gelbes werden noch immer mit den Waffen erdreht. Der Berichterstatter schildert einen am letzten Sonntag hergekommenen Fall, wobei ein Bürger in einem mit dem Stempel des Kommandeurs versehenen Schreiben, das dem englischen Berichterstatter selbst sah, aufgefordert wurde, eine Summe von 50 000 Mark zu bezahlen, andernfalls Gewalt angewendet werde. In Tarnowitz haben die Insurgenten von der Stadt 2 Millionen Mark gefordert unter der Drohung, daß die Stadt dem Raube oder der Plünderung überlassen werden würde, wenn die Summe nicht bezahlt werde. In Hindenburg, das eine große deutsche Mehrzahl aufweist, mußten alle Häden die Beschlagnahmen in polnische Sprache umändern. Außerdem zwangen die Polen die Bevölkerung, überall die polnischen Farben (Weißrot) anzubringen. In Biernardzka wurden die Betriebsleute, die alle deutsch sind, gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie die polnischen Insurgenten den Truppen des Generals Höfer vorziehen. Der englische Kommandant erklärte, diese Unterschriften würden zweifellos als Propagandamittel benutzt.

Abwartende Haltung des Kabinetts in der oberschlesischen Frage.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages am Dienstag brachen zur oberschlesischen Frage wiederholt Reichskanzler Dr. Wirth und Reichsaußenminister Dr. Rosen. Man einigte sich dahin, eine abwartende Haltung einzunehmen. Der Fortgang der Aktion wird entscheidend sein für die Frage, wann und in welcher Weise sich der Reichstag mit der oberschlesischen Frage beschäftigen wird.

Greys Politik von 1914.

Raimond Pécoully veröffentlicht in der Revue de France Erinnerungen französischer Botschafter an die Tage vor dem Kriegsausbruch. Paul Cambon, der frühere Botschafter in London, erzählt, er habe am 31. Juli 1914 Sir Edward Grey unter Hinweis auf eine Mitteilung der Berliner Botschaft darauf aufmerksam gemacht, daß Englands Unentschlossenheit die deutsche Kriegspartei ermutige. Grey erwiderte, die englische Regierung habe Deutschland vor-

nehmend die Zusicherung gegeben, daß England nicht intervenieren werde.

Cambon fragte gerade heraus, ob England die Franzosen unterstützen werde, falls Deutschland sie angreifen sollte. Grey erwiderte, England könne sich für den Augenblick nicht binden. Als Cambon weiter fragte, ob Grey die Frage nicht einem Ministerrat unterbreiten könnte, antwortete der englische Minister, das Kabinett werde zur Beratung zusammenzutreten, sobald eine neue Tatsache vorliege. Am 1. August nach dem Kabinettsrat erklärte Grey dem französischen Botschafter aufs neue, die englische Regierung habe sich nach aufmerksamer Prüfung der europäischen Lage nicht imstande gefühlt, einen Beschluß über Englands Eingreifen in den Krieg zu fassen. Cambon erwiderte, er lehne es ab, der französischen Regierung eine derartige Eröffnung zu übermitteln und bitte, die Frage nochmals zu erörtern. Er betonte dann, daß Frankreich seine Platte auf Grund der Marinevereinbarung mit England im Mittelmeer zusammengezogen habe, so daß seine nördlichen Küsten schußlos einem deutschen Angriff preisgegeben wären, falls die englische Flotte ihm nicht Beistand leiste. Cambon bezeichnete es als eine moralische Pflicht Englands, Frankreich im Kriegsfall militärisch mindestens mit seiner Flotte beizustehen. Der frühere Botschafter bemerkte dazu, er habe am 1. August 1914 die dunkelste Stunde seiner Laufbahn erlebt.

Das englische Kabinett hielt am Morgen des 2. August eine neue Beratung ab, in der gleichfalls noch kein endgültiger Entschluß gefaßt wurde, aber am 2. August abends überbrachte Grey dem französischen Botschafter die Mitteilung, daß die englische Regierung beschlossen habe, Frankreich mit ihrer Flotte beizustehen. Falls die deutsche Flotte beschaffen sollte, in den Kanal einzudringen und die französischen Küste zu beschließen, würde die englische Flotte ihr entgegenzutreten. England würde sich dann als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich betrachten. Cambon erklärte, er habe bei Empfang dieser Mitteilung das Spiel für gewonnen gehalten, da ein großes Land einen Krieg nicht halb führen könne.

Kleine politische Meldungen.

Keine Einigung über die Besitztümer im Kabinett. Das Reichskabinett trat am Dienstag, wie berichtet, zur Beratung der Steuerfragen, insbesondere der Besitzsteuer, zusammen. Ueber die Besitzsteuer gehen die Ansichten der Kabinettsmitglieder weit auseinander. Die Sozialdemokraten wollen natürlich in der Expropriation des Privateigentums weiter gehen, als die bürgerlichen Parteien. Eine Einigung kam nicht zustande.

Keine Beratung Dr. Rosen? Durch die Zeitungen ging wiederholt die Meldung, daß der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Rosen, als deutscher Gesandter nach Prag gehen solle und die Berufung angenommen habe. An den sächsischen Regierungsstellen ist davon noch nichts bekannt.

Stresemann erkrankt. Auf der Jahreshauptversammlung mitteleuropäischer Industrieller in Frankfurt a. M. teilte der Vorsitzende mit, daß der Wirkungskollege des Verbandes, Dr. Stresemann, aus Gesundheitsrücksichten an der Tagung nicht teilnehmen könne. Sein Arzt habe ihm sogar eine Unterbrechung seiner gesamten Tätigkeit angeraten, weshalb er sich auch von dem Reichstag habe dispensieren lassen.

Das Verfahren gegen Erberger eingestellt. In der Strafsache gegen den früheren Reichsfinanzminister Erberger wegen Meineids, den dieser gelegentlich seiner Vernehmung im Heffrich-Prozess geküßelt haben sollte, hat das Berliner Landgericht I auf übereinstimmenden Antrag des Generalstaatsanwaltes und der Verteidigung beschlossen, den Beschuldigten mangels Beweises auf Kosten der Staatskasse außer Verfolgung zu setzen.

Welcher Erhöhung des Kohlenpreises. Dem Temps zufolge haben die Allierten Deutschland zu neuen Verhandlungen über die Neuregelung der Kohlenlieferungen eingeladen. Von der Entente sei in Aussicht genommen, die bisher von Deutschland zu liefernde Kohlenmenge von 2 200 000 auf 2 800 000 Tonnen pro Monat zu erhöhen.

Amerika und der Friede mit Deutschland. Das Kompromiß über die Resolutionen Knox und Vorles, über das sich die republikanischen Führer der beiden Parlamente geeinigt haben, sollte am Mittwoch im Repräsentantenhaus und Ende der Woche im Senat eingebracht werden, und noch vor Sonnabend dem Präsidenten zugehen.

Androhung des Vernichtungskampfes in Island. Wie die Daily Mail berichtet, wird die britische Regierung im Falle einer Erfolglosigkeit der Londoner Konferenz zwischen Lloyd George und Devalera einen radikalen Kampf in Island beginnen und unter Androhung des allgemeinen Ständrechts die sofortige Waffenabgabe im ganzen Lande und die Auflösung aller bewaffneten irischen Organisationen fordern.

Die italienische Regierungskrise. Der Lösung der italienischen Regierungskrise scheinen sich außerordentliche Schwierigkeiten entgegenzustellen. Gegen Bonomi wird eingewendet, daß er neben dem Grafen Storza den Vertrag von Rapallo unterzeichnet hat, und infolgedessen eine Übernahme des Ministerpostens durch ihn ausgeschlossen erscheint. Einweilen hat der Kammerpräsident de Nicola die größten Aussichten.

Österreichische Kriegserklärung an Sowjetrußland? In Paris liegen Meldungen vor, nach denen Griechenland an Sowjetrußland den Krieg erklärt haben soll. Die Kriegserklärung sei radiographisch bereits nach Moskau übermittelt worden. Ihre Ursache sei darin zu erblicken, daß an der Front von Smyrna russische Truppeneinheiten, sowie Munitionslieferungen festgestellt wurden. Auch der Abschluß eines Militärabkommens zwischen der Regierung von Angora und Sowjetrußland habe die Kriegserklärung veranlaßt.

Das englisch-japanische Bündnis. In vertikalischen Sitzungen unter Leitung des ehemaligen Außenministers Balfour bereitete